daß die Spartakusleute bei einer Gegenrevolution gehängt werden, ist klar. Der Putsch wird gefördert durch unberechtigte Ausgabe roter Binden.

Volksbeauftragter Landsberg: An der Behauptung, General Sigm. Reim habe zur Gegenrevolution aufgefordert, ist kein wahres Wort. General Eberhardt ist sofort entfernt worden. Im Übrigen kann ich mitteilen, daß der Kriegsminister gestern seine Entlassung eingereicht hat. Staatssekretär Schäffer war heute beauftragt, zu sagen, daß eine unverzügliche Erhöhung der Löhne und Gehälter unmöglich sei und daß Sie 1½ Milliarden zeichnen sollten. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben bisher sehr gut gearbeitet. Genaue Rechnungslegung ist nötig. Wenn wir dem Vollzugsrat kein Geld geben können, so liegt das daran, daß es uns nicht möglich war, den Etat des Volksamts einzusenden, der viel zu hohe Gehälter und Remunerationen enthielt. Wir allein müssen die Exekutive behalten. Der Vollzugsrat hat das Kontrollrecht. Im Reichsmarineamt haben sich neben Noske und Gustav noch 53 Matrosen als Kontrollinstanz eingerichtet. Die geben Arbeit unmöglich machen. Sie haben sogar einen Landesverräter freigelassen.

Ledebour (Unabhängige): Die hohen Ausgaben sind nicht auf uns zurückzuführen. Noske und andere haben sie verschuldet. Dann bringt auch die Entwertung des Geldes erheblich mit. Unser Antrag auf Absetzung Eberts fußte auf seinem Verhalten am blutigen Sonntag. Ebert sollte zum Präsidenten ausgerufen und der Vollzugsrat verhaftet werden. Ohne Ebert wäre das Blutvergießen in der Chausseestraße vermieden worden. Bei der Ausrufung des Präsidenten hätten die Soldaten in ihre Kasernen zurückgewiesen werden müssen. Seine Antwort an die Soldaten machte ihn unfähig und unwürdig für dieses Amt. Ein Mann wie Ebert, der auf diese Weise die Leute zutreiben zu weiteren Putschen ermutigt, ist ein Schmutzkind der Regierung. (Zustimmung. Ungeheurer Lärm. Schlußrufe. Außerdem Handgeklatschen. Fortwährende Rufen der Glocke. Rufe: Ordnung muß! Alles erhebt sich und brüllt durcheinander. Gewaltiger Sturm. Auch auf den Tribünen gröbliche Unruhe. Der Vorsitzende rügt die Benutzung Ledebours Grenzen Lärm.) Ledebour führt fort: Die Gefängnisse bei der Disziplin Regierung sind ein Beweis für die Gegenrevolutionäre. Die Verhaftung in Berlin erfolgte ohne Einverständnis des Vollzugsrates. Die Waffenruhe war nicht vereinbart worden. Nach dieser Verhaftung auf die Seekadettenmänner-Kasernierung ist es kein Wunder, daß die Soldaten sich zum Putsch zur Verfügung stellten und den Vollzugsrat verhaften wollten.

Noske (Mehrheitssozialist): Die Frontsoldaten werden zu gegenrevolutionärem Zwecken benutzt. (Rufe: Unsinn!) Die Offiziere verlegen sie gegen die eigenen Kameraden.

Darauf tritt die Mittagspause ein. Schluß nach 1 Uhr.

Die Beschwerden werden nachmittags wieder aufgenommen. Die Besprechung des Berichts wird fortgesetzt. Heckert: Nach einem Telegramm aus Eberswalde wird mit der Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone vorgehen. Außerdem muß der Gerichte gestellt werden. Der Soldatenrat hat die Pflicht, mit rücksichtslosester Kraft gegen die Konterrevolution vorzugehen. Freese-Spartakus: Jede Regierung bedarf der Kontrolle und der Kritik; aber Vertrauen will Vertrauen.

Die Schlußabstimmung wird eingebracht. Im Hammelsprung stimmen für Schluß 275, dagegen 171. Trotzdem erhält noch Volksbeauftragter Barth das Wort und führt aus: Unsere Kameraden im Osten brachte der Zusammenbruch. Wir müssen in Moskau und Warschau alles tun, um zu einer Verständigung zu kommen. Unsere Leiter müssen restlos unterstützt werden. Landsberg und Ebert haben den Grenzschutz im Osten. Wer daran spricht, bracht ein Verbrechen am deutschen Volke. Wir verlangen, daß der Wille der Volksbeauftragten durchgeführt werde. Nimmt die Entente uns auch noch Oberschlesien und das Ruhrgebiet, so sind wir erledigt. Deshalb Schluß mit der Militärkommission. Als die Matrosen einziehen wollten, kamen sie abends wieder in Alarmbereitschaft in der Bibliothek, um den Zusammenritt des Reichstags gegen angeblich 800 bolschewistische Matrosen zu schützen. Auf Grund dieser Sache hat der Kriegsminister demissioniert. Der Grenzschutz muß sofort aufgehoben werden.

Die Debatte ist wieder eröffnet. Volksbeauftragter Ebert: Was Barth vorgetragen hat, sind Fragen, die einmütig im Kabinett erledigt sind, bis nach Schweden. Wir haben den Anfang an die schnellste Heimführung unserer Truppen betrieben. (Sehr richtig.) Das Kabinett war sich einig darüber, daß der Grenzschutz im Osten absolut nötig ist. Die Notwendigkeit eines Grenzschutzes im Westen wird immer wieder betont. Wenn deshalb Barths Angriffe gerechtfertigt? (Lebhafte Unruhe. Rufe: Nein.) So kann man nicht zusammenarbeiten. Wir müssen uns vorbehalten, wenn nicht Sicherungen geschaffen werden, zu entscheiden, ob wir überhaupt noch in der Lage sind, unser Amt weiterzuführen. (Lebhafter Beifall. Hochrufe. Tosende Unruhe.)

Die weitere Aussprache über diesen Punkt wird abgesetzt. Etwa 50 Soldaten mit Plakaten, die ihre Formationen angeben, rücken in den Saal ein. Der Sprecher gibt die

Forderungen der Gardetruppen

bekannt: 1. Einsetzung eines Obersten Soldatenrats, der die Kommandogewalt hat. (Beifall.) 2. Die Kommandeure sind verboten. (Beifall.) 3. Die Offiziere sind zu entwaffnen. (Beifall.) Für die Disziplin haben die Soldatenräte verantwortlich. Redner bittet, die Anträge sofort zu erledigen.

Leutnant Benecke: Wir nehmen diese Anträge entgegen und werden sie zur Diskussion stellen. (Rufe: Sofort!) Ein Soldatenrat erklärt, heute sei dies nicht mehr möglich. (Große Unruhe, die sich zu ungeheurem Lärm steigert, als Ledebour das Wort nimmt, um die sofortige Erledigung zu fordern.) Die Mehrheitssozialisten schicken sich an, unter Protest den Saal zu verlassen. (Erneuter Lärm.) Volksbeauftragter Haase mahnt zur Ruhe und beantragt Vertagung. Die Soldaten könnten versichert sein, daß ihre Rechte bei der morgigen Beratung ihrer Anträge vollauf gewahrt würden. Nach 6 Uhr beschließt das Haus unter lebendigem Lärm die Vertagung. Nächste Sitzung Mittwoch, 4 Uhr.

•

Ein provisorischer Präsident der Republik?

In einem Antrage Reinartz (Kassel), der der Rätekonferenz gestern vorgelegt worden ist, wird verlangt, am 29. Dezember einen provisorischen Präsidenten der Republik Deutschland zu wählen, dessen Amtsdauer ohne weiteres an dem Tage endet, an dem ein neugewählter Präsident sich bereit erklärt, das Amt zu übernehmen. Ein zweiter Antrag, ebenfalls von Reinartz, bringt für das Amt des provisorischen Präsidenten Ebert und den Ministerialdirektor Preuß in Vorschlag.

Eine Probe zu den Nationalversammlungswahlen.

Die Spartakusleute haben der Arbeiterschaft vorgejammert, sie gäbe die durch die Revolution errungene Macht wieder preis, wenn sie sich auf allgemeine Wahlen einlasse. Nur durch den Ausschluß aller nichtsozialistischen Schichten vom Wahlrecht könne die Revolution gesichert werden. Die Sozialdemokratie hat diesen Standpunkt einmal aus prinzipiellen Gründen bekämpft, weil solche Rechtlosmachung weiter Wählerschichten dem Geist der Demokratie widerspricht, aber sie hat daneben auch stets ihr Vertrauen zum Proletariat betont, daß dieses nach den Erfahrungen des Krieges zur Genüge wissen werde, wen es zu wählen habe. Dieses Argument ist namentlich auch gegenüber den Unabhängigen stets hervorgehoben worden, denen die Zeit bis zur Wahl nicht ausreichend schien, um die Wähler aufzuklären.

Jetzt ist das erste Wahlresultat auf Grund allgemeiner Wahlen bekannt, und es bestätigt glänzend die Voraussage der Sozialdemokratie. Im Bundesstaat Anhalt wurden 92 229 Stimmen für die alte Partei abgegeben gegen insgesamt nur 66 951 bürgerliche. Also eine sozialdemokratische Mehrheit von drei Fünftel der abgegebenen Stimmen. Dabei hatte 1912 die Sozialdemokratie in Anhalt noch nicht die Hälfte der Stimmen bekommen, nur 31 465 gegen 35 649 bürgerliche. Damals betrug der sozialdemokratische Anteil an den Gesamtstimmen knapp 46 Prozent, heute beträgt er 58 Prozent. Ein volles Achtel der Wählerschaft ist zur Sozialdemokratie übergegangen.

Beachtung verdient bei diesem Resultat, daß die Unabhängigen nicht einmal die Zahl der für eine eigene Liste erforderlichen Unterschriften zusammenbrachten! Das Proletariat wollte von der Spaltung angesichts der Wahl nichts wissen, es hat in Einigkeit gekämpft und glänzend gesiegt! Ein guter Auftakt für die kommende Wahl im Reiche!

Von 36 Vertretern hat die Sozialdemokratie 22 erhalten, 12 fielen auf die bürgerlichen Demokraten, 2 auf die als „Volkspartei" maskierten Konservativen. Diese brachten es insgesamt nur auf 9000 von 159 000 Stimmen! Auch ein deutliches Zeichen, wie die Reaktion abgewirtschaftet hat.

Man sagt vielleicht, dieses Resultat sei nur in einem immerhin stark industriell entwickelten Lande möglich. Aber auch im rein agrarischen Mecklenburg-Strelitz hat die Sozialdemokratie einen großen Erfolg erzielt.

In Mecklenburg-Strelitz, wo die Sozialdemokratie früher stets in erklärter Minderheit war, ist es ihr gelungen, rund die Hälfte aller Stimmen auf sich zu vereinigen.

Sie erhielten Stimmen:

Sozialdemokratie	23 591
vereinigte Liberale	19 002
Bauernbund	2 540
Handwerker	2 223

Das Ergebnis einiger kleiner Orte steht noch aus.

Bei der Reichstagswahl von 1912 hatten wir von 21 124 Stimmen nur 6492 auf unsren Kandidaten vereinigen können. Die Reichspartei hatte 7783 und die Nationalliberalen hatten 6800 Stimmen erhalten. Die auf die Sozialdemokratie entfallenen Stimmen betrugen also erst 30 Prozent aller abgegebenen. Heute aber stehen 50 Prozent der Männer und Frauen von Mecklenburg-Strelitz hinter unsrer Fahne.

In einem Lande, das bisher vom Großgrundbesitz regiert wurde, so gut wie keine konservative Stimme. Ein deutsches Zeichen, daß auch das Landesproletariat erwacht ist.

Nach diesen Vorspielen sehen wir den weiteren Wahlen mit vollem Zuversicht entgegen. Das Volk wird siegen, weil es den Willen zum Siege hat und die Möglichkeit, diesen Willen in die Tat zu setzen.

•

Das Ergebnis in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 17. Dezember. Nach der heute erfolgten Feststellung der Wahlergebnisse in Neustrelitz und Neubrandenburg sind in Neustrelitz gewählt 9 vereinigte Liberale und 9 Sozialdemokraten, in Neubrandenburg 9 Sozialdemokraten, 6 vereinigte Liberale, 2 Handwerkerbund und ein Bauernbund. Das amtliche Wahlergebnis aus dem Fürstentum Ratzeburg ist infolge von Fernsprechstörungen zur Zeit noch nicht hier eingetroffen. Nach den nichtamtlich bekanntgewordenen Zahlen sind dort gewählt: 3 vereinigte Liberale und 3 Sozialdemokraten, so daß insgesamt in dem verfassunggebenden Landtage, der am 19. Dezember zusammentritt, 21 Vertreter der bürgerlichen Parteien und 21 Sozialdemokraten vertreten sind.

•

Gemeindewahlen in Braunschweig.

Am Schlusse der gestrigen Vormittagssitzung des Ältestenkongresses wurde das Endergebnis der Gemeindewahlen im Herzogtum Braunschweig bekanntgegeben. Es haben erhalten die Unabhängigen 22 618, die Mehrheitssozialisten 26 316, die Demokraten 17 695 und die Alldeutschen 13 823 Stimmen. Insgesamt 31 518 bürgerlichen stehen also 36 094 sozialdemokratische Stimmen gegenüber.

OH

Der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden und die jüngsten Straßenkrawalle.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden hielt am Dienstag im Sitzungssaal der Zweiten Kammer wiederum eine öffentliche Sitzung ab. Sie wurde vom Vorsitzenden Genossen Neuring mit einer kurzen Ansprache eröffnet:

Unsre Pflicht ist es, eines

Opfers der letzten Straßenkämpfe

zu gedenken. Kamerad Leschke von der Nachrichten-Abteilung hat in der Nacht zum Sonntag im Dienste unsrer Sache den Tod erlitten. (Die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats haben sich von den Plätzen erhoben.) Die Schuld hierfür trifft diejenigen, die von der Freiheit keinen rechten Gebrauch zu machen verstehen und ihrer nicht würdig sind. Wir haben auch einer Anzahl Verwundeter zu gedenken. Die Kameraden mußten aufgeboten werden, um Leben und Eigentum der Einwohnerschaft von Dresden zu schützen. Wir haben uns in der Annahme, daß die Bevölkerung von Dresden fünf Wochen nach der Revolution sich der neuen Freiheit würdig erweisen wird, leider außerordentlich getäuscht. Eine größere Anzahl Volksgenossen mißbraucht die Freiheit, indem sie sich zusammenrottet, johlend, plündernd und zu Gewalttätigkeiten reizend, durch die Straßen zieht und die Kameraden, die bereit sind, die junge Freiheit zu verteidigen, tätlich angreift. Die Tumulte in den Nächten zum 14. und 15. Dezember haben im Anschluß an Versammlungen von Kommunisten stattgefunden. Jene Elemente müssen energisch zur Ordnung gerufen werden, so daß sie ein zweites Mal vergessen, einen solchen Unfug in der jungen Freiheit zu betreiben. Wir werden mit der ganzen Macht und Energie, die uns zur Verfügung steht, vorgehen, um solchen Räubern und Marodeuren das Handwerk zu legen. Es muß mit bewaffneter Gewalt diesen Elementen beigebracht werden, daß wir uns so etwas nicht bieten lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Arbeiter- und Soldatenrat wird alles tun und unterstützen, was geeignet ist, zu verhindern, daß unsre junge Freiheit in dieser elenden Weise mißbraucht wird. Solchen Leuten gegenüber ist jedes Mittel recht. Wer sich in der sozialdemokratischen Republik nicht unterordnen kann, dem muß es beigebracht werden. Ihnen muß zugerufen werden: Bis hierher und nicht weiter! (Bravo! bei der Mehrheit.)

Genosse Fröhdorf: Es kann keine Freiheit geben für Verbrecher (Lebhaftes: Sehr richtig!), auch nicht für die Kommunisten, die die Besucher ihrer Versammlungen — meist sind es Jugendliche — zu Gewalttätigkeiten aufreizen, diese zu begehen aber meist den Mitläufern überlassen, während die Führer feig genug sind, im Hinterhalt zu bleiben. Unsre Exekutive darf in dieser Beziehung keine Rücksicht mehr üben. Für diese Gesellschaft darf es für die nächste Zeit kein Vereins- und Versammlungsrecht und auch keine Preßfreiheit geben. Wir lassen die Revolution nicht von Verbrechern unterkriegen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Menke (Unabh.) erklärt unter großer Unruhe und vielfachen Zwischenrufen der Mehrheitssozialisten, weder Beruf noch Auftrag zu haben, die Kommunisten in Schutz zu nehmen, und das, was sich in den letzten Tagen abgespielt habe, zu verteidigen. Er hält aber die Beteiligung der Kommunisten an den Straßenunzügen nicht für erwiesen, spricht vielmehr die Vermutung aus, daß gewisse Kreise des Bürgertums dahinter stecken, die ein Interesse daran hätten, die Revolution zu diskreditieren. Man hätte also alle Ursache, nicht alles den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Die Androhung der Einschränkung des Vereinsrechts und der Preßfreiheit bedeutet die Verhängung eines neuen Belagerungszustandes, der nicht bloß gegen die Kommunisten angewendet werden solle, sondern gegen alle, die nicht mit den Mehrheitssozialisten auf den Bänken säßen. Unter schärfstem Widerspruch der Mehrheit erneuert Redner die Behauptung, daß Genosse Kühn in der Revolutionsnacht zugegeben habe, daß die Kriegspolitik der Sozialdemokratischen Partei eine falsche gewesen sei.

Genosse Grötzsch: Menke habe alle Mittel der Sophistik angewendet, um die Kommunisten zu retten. (Heiterkeit.) Der ursächliche Zusammenhang zwischen den Versammlungen und Schriften der Kommunisten und den Ausschreitungen der letzten Tage läßt sich aber nachweisen. Menke schätze das Bürgertum dämonisch ein, in Wirklichkeit sei dieses zufrieden, wenn Ruhe und Ordnung herrsche. Charakteristisch für das bolschewistische Herz gewisser Unabhängiger sei es, die Sache der Kommunisten zu retten. In der ersten Revolutionsnacht hätten die Kommunisten sich mit den gleichen Gewaltmitteln auch der Dresdner Volkszeitung zu bemächtigen versucht.

In einer persönlichen Bemerkung bemerkte Genosse Kühn, daß Menke hier eine Behauptung wiederholt habe, die von ihm schon in der Presse zurückgewiesen worden sei. Bisher sei es unter Männern Brauch gewesen, einer Richtigstellung zu glauben. — Damit ist dieser Punkt erledigt.

• • •

Forderung des Kleinwohnungsbaues.

Genosse Dr. Sachs brachte einen Antrag ein, der die sächsische Regierung ersucht, dafür zu sorgen, daß alle die Förderung des Kleinwohnungsbaues betreffenden Fragen so schnell als möglich gelöst werden. Insbesondere werden nachstehende Maßnahmen empfohlen: Errichtung eines Landeswohnungsamtes; Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden bei Aufbringung ihres Anteils an den Vorkriegszuschüssen für anormalen Mehraufwand; Beschaffung von Mitteln für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau evtl. Errichtung einer Pfandbriefbank mit staatlicher Unterstützung; Erlaß eines Enteignungsgesetzes, durch welches jeder Bodenspekulation ein Riegel vorgeschoben wird.

Der Antrag wird nach unwesentlicher Debatte zum Beschluß erhoben.

• • •

Bekleidungswesen.

Nach dem Bericht des Genossen Thierfelder sieht es im Bekleidungswesen ganz trostlos aus. Der Ausschuß für das Bekleidungswesen hat beim Bekleidungsamt den Antrag gestellt, die Produktion von Uniformen einzustellen und den Betrieb für die Anfertigung von Zivilkleidern umzustellen. Große Anforderungen würden jetzt dadurch an das Bekleidungsamt gestellt, daß den aus dem Heeresdienst scheidenden Mannschaften ein Entlassungsanzug zu verabfolgen ist. Immerhin seien in Deutschland noch so viel Rohstoffe und Halbfabrikate vorhanden, daß auf jeden Reichsdeutschen noch ein Anzug oder ein Kleid entfallen könne. Diese Ziffer sei noch sehr niedrig gegriffen. An die Reichsbekleidungsstelle ist das Ersuchen auf Herausgabe der aufgespeicherten großen Vorräte an die Industrie gerichtet worden, zwecks Herstellung von Kleidung für die Zivilbevölkerung. Anscheinend sei in der Reichsstelle der neue Geist noch nicht in vollem Umfange eingezogen. Ferner ist beim Kriegsernährungsamt der Antrag gestellt worden, das Bekleidungsamt anzuweisen, 3000 Paar Stiefel, 3000 Paar Schnürschuhe und 5000 Paar andere Schuhe für die Zivilbevölkerung freizugeben. Auch ist beantragt worden, größere Mengen Unterhosen, Hemden, Joppen, Strumpfhüter und Stopfwolle für gleichen Zweck zur Verfügung zu stellen. Auf Anfragen der Genossen Nitzsche und Dr. Sachs bemerkte der Berichterstatter noch, daß man auf die Stapelfaser als Ersatzstoff nicht allzugroße Hoffnungen setzen sollte. Den schon vor dem 9. November entlassenen Mannschaften könne ein Entlassungsanzug nicht gegeben werden, weil der A.- und S.-Rat nur über das verfüge, über welches er die Macht habe. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es folgte noch ein Bericht des Genossen Barthel über

Ernährungs- und Lebensmittelfragen.

Das Kriegsernährungsamt habe erfreulicherweise zu schwarz gesehen. Die Kartoffelzufuhr hätte sich in letzter Zeit wesentlich gehoben, so daß die Hoffnung bestehe, daß die zunächst für die Weihnachtswoche beschlossene Erhöhung der Kartoffelration auf 7 Pfund weiter beibehalten werden könne. Jedenfalls könne keine Rede davon sein, daß die Ration auf die Hälfte herabgesetzt werden müsse. Bezüglich der Getreideversorgung stünden wir jedenfalls nicht schlechter da als im Vorjahre. Auch die Fett- und Fleischversorgung sei einigermaßen sichergestellt, so daß die fleischlosen Wochen nicht wiederkehren dürften. Das Kriegsernährungsamt habe offenbar infolge der schwierigen Verhältnisse in den ersten Revolutionswochen etwas zu schwarz gesehen. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen erwähnt der Redner noch, daß eine Beschlagnahme der Lebensmittel in den Haushaltungen in Frankfurt a. M., wo die Versorgungsmöglichkeiten aus dem reichen Hinterland ungleich günstiger lägen als in Dresden, so geringe Ergebnisse gehabt habe, daß der dortige A.- und S.-Rat den hiesigen von der gleichen Maßnahme abgeraten habe. — Dem Bericht folgte eine kurze Debatte; ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die nächste Sitzung findet Freitag den 27. Dezember, abends 6 Uhr statt.

Deutsches Reich.

Deutschlands Kriegsopfer.

In Ergänzung ihrer Mitteilung über die Höhe der deutschen Verluste im Weltkriege geben die P. P. N. über die Gesamtziffer der deutschen Verluste bis zum 30. November 1918 die folgenden autentischen Zahlen: 1 600 000 Tote, 203 000 Vermißte, 618 000 Gefangene, 4 064 000 Verwundete; Gesamtverlust 6 490 000.

Schreiben über seinen Rücktritt. Kriegsminister Scheüch erklärte einem Vertreter der Nationalzeitung über seinen Rücktritt, daß für ihn die unaufhörlichen Verleumdungen und Herabsetzungen des Offizierkorps maßgebend waren. Mit Herrn Göhre sei er sehr gut ausgekommen. Auch hätten zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Kriegsminister niemals persönliche Differenzen bestanden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181218/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG